

»Ist Militarisierung durch die Hintertür«

Coronakrise: Friedensbewegte gegen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Stärkung von Fachpersonal gefordert. Ein Gespräch mit Felix Oekentorp

Markus Bernhardt

In der vergangenen Woche hat die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl von der SPD, ihren Jahresbericht für 2020 vorgelegt. Birgt der Überraschungen für Sie?

Nein, überhaupt nicht. Einmal mehr wird darin bemängelt, wie schlecht es angeblich um die Ausrüstung der Bundeswehr stehe. Die kontinuierlich vorgetragene Behauptung, dass es an geeigneter Ausrüstung mangle, soll natürlich in letzter Konsequenz dazu führen, dass der Etat der Bundeswehr immer weiter erhöht wird und dann weitere Kriegseinsätze begonnen werden – für die dann weiteres Geld gefordert wird.

Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass immer mehr in die Aufrüstung der Bundeswehr, in Kriegsgerät und Waffen fließt. Dass wir ganz andere Probleme haben, die dringend bewältigt werden müssen, liegt nicht erst mit Ausbruch der Covid-19-Pandemie auf der Hand. Es muss doch nun besonders darum gehen, den öffentlichen Gesundheitssektor ordentlich auszufinanzieren, der über Jahre hinweg kaputtgespart wurde.

Auch viele Bundeswehrangehörige leisten aktuell einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Pandemie. Wollen Sie das nicht wertschätzen?

Nein, das möchte ich nicht. Es ist nicht Aufgabe der Bundeswehr, im Inland Pandemien zu bekämpfen. Mit der Bundeswehr-Kampagne »Dein Jahr für Deutschland« werden junge Menschen geworben, die dann beim deutlich schlechter bezahlten Freiwilligen Sozialen Jahr fehlen.

Würde die Truppe sich nicht an der Pandemiebekämpfung und der Betreuung von Seniorinnen und Senioren beteiligen, hätte dies vermutlich nachhaltige Folgen für die Kontaktverfolgung, aber auch für Impfungen und die Betreuung gefährdeter Gruppen wie etwa betagter Menschen. Machen Sie es sich da also nicht etwas einfach?

Das zeigt aber doch genau, wie marode der öffentliche Gesundheits- und Pflegesektor tatsächlich aufgestellt ist. Es kann doch nicht die Sache von Soldatinnen und Soldaten sein, die Aufgaben von Pflegekräften oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gesundheitsämtern zu übernehmen. Das ist eine perfide Militarisierung durch die Hintertür. Dabei gibt es Kommunen, die sich frühzeitig um ziviles Personal gekümmert haben. Andere haben gewissermaßen das Kind in den Brunnen geworfen und verlangen jetzt die Hilfe der Bundeswehr.

Das dürften viele Menschen nicht verstehen.

Noch mal: Ich bin selbstverständlich der vollsten Überzeugung, dass alle Menschen, die Hilfe brauchen, diese auch unbedingt erhalten sollen. Aber das ist Aufgabe des Fachpersonals. Der Beruf des Soldaten beinhaltet aber vor allem die Ausbildung zum Töten und nicht zum vermeintlichen Samaritertum. Wir brauchen also mehr Geld für die Gesundheitsversorgung, für Bildung und Digitalisierung und eben nicht für Rüstung und Militär. Außerdem müssen wir dringend eine gesellschaftliche Wertedebatte befördern.

Was meinen Sie damit?

Wir müssen radikale Konsequenzen aus der Pandemie ziehen. Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Wir brauchen tragfähige Lösungen im Bereich der Gesundheitspolitik, der Sozialpolitik, der Wirtschaft, der Außenpolitik, der Klima- und der Umweltpolitik.

Das mag ja sein, aber inwiefern tangiert das den Einsatz der Bundeswehr bei der Pandemiebekämpfung oder den Bericht der Wehrbeauftragten?

Auch in dem wird der Einsatz im Kampf gegen die Pandemie gelobt. Das verschleiert die vielen schwerwiegenden Probleme im Bericht von Gesundheit, Pflege und Sozialpolitik und verhindert deren Lösung. Auch der Anstieg an rechten Vorfällen in der Bundeswehr wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand in der Armee. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Die Skandale um den Raub von Munition durch faschistische Soldaten und mögliche Verstrickungen bis hinein in den Militärischen Abschirmdienst sprechen doch dafür, dass das Problem des erstarkenden rechten Extremismus von den Verantwortlichen nicht in den Griff bekommen wird – die das ja oft auch gar nicht wollen. Einige Verantwortliche sind ganz offensichtlich noch nicht einmal willens, die krassen Demokratiedefizite und den Rassismus in der Truppe in den Griff zu bekommen. Der Bericht belegt indirekt, dass alle Probleme der Bundeswehr struktureller Natur sind. Was wir brauchen, sind Abrüstung und Demilitarisierung.

Felix Oekentorp ist Landessprecher der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsgegner« (DFG-VK) in Nordrhein-Westfalen

<https://www.jungewelt.de/artikel/397597.soldaten-in-gesundheitsämtern-ist-militarisierung-durch-die-hintertur.html>